

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Frau Mockenhaupt

Datum
29.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

19.09.2002

Betreff:

Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen am 11.07.2002

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission zu.

Sachverhalt / Begründung:

Die Arbeitskommission hat am 11.07.2002 verschiedene verkehrliche Maßnahmen im Stadtgebiet beraten und entsprechende Vorschläge und Empfehlungen ausgesprochen.

Die Ergebnisse sind in der beigegeführten Niederschrift zusammengefasst und werden dem Verkehrsausschuss zur Einzelberatung und Entscheidung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 1

Der Bürgermeister

Siegen, 22.07.2002

Fachbereich 9/1.3

N I E D E R S C H R I F T

über die 7. Sitzung der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen am 11.07.2002

Beginn: 14.00 Uhr
Ende: 17.50 Uhr

Teilnehmer:

I. Von der Arbeitskommission:

1. S. B. Hahn – als Vorsitzender -
2. S. B. Müller- Kurz
3. Stv Sonntag
4. S. B. Plate
5. S. B. Vogler
6. Stv Zips

II. Als beratende Mitglieder der Arbeitskommission:

7. Herr Schmidt, Kreispolizeibehörde Siegen
8. Herr Schneider, Polizeiinspektion Siegen
9. Herr Meiswinkel, VWS AG
10. Herr Scholz, Verkehrswacht Siegerland e. V.

III. Von der Verwaltung:

11. Herr Siebel, FB 9/2
12. Herr Kminkowski, FB 9/2
13. Frau Schreiber, FB 9/2 – zu TOP Baumaßnahme Fludersbach -
14. Herr Sondermann, Abt.L. 9/1
15. Herr Benner, FB 9/1.3
16. Frau Mockenhaupt, FB 9/1.3

Nicht anwesend ist der Stadtverordnete AI- Omary (entschuldigt).

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird diese um folgende Punkte erweitert:

- Kreisverkehr Trupbach
- Unfallhäufungspunkt Schleifmühlchen
- Verkehrsführung Baumaßnahme Fludersbach
- Geschwindigkeitsreduzierung Gutenbergstraße/ Sohlbacher Straße
- Haltverbotsregelung Glückaufstraße
- Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitswarnanlage

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung zu. Die erweiterten Punkte werden im Anschluss an die Tagesordnung abgehandelt.

Vorab informiert Herr Benner die Kommissionsmitglieder über die „**Aktionen zum Schulstart**“, die jedes Jahr gemeinsam mit der Polizei und der Ordnungsverwaltung durchgeführt werden. Steht das im Rahmen der Aktion vorgesehene Programm fest, wird es der Niederschrift beigelegt.

Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitswarnanlage

Der Verwaltung liegen verschiedene Angebote vor, ein Geschwindigkeitsanzeigergerät einsetzen zu können. Das Gerät wird kostenlos zur Verfügung gestellt und wird durch Werbung finanziert. Die Verwaltung beabsichtigt, eine solches Gerät zu beschaffen. Was die Werbung angeht, muss sichergestellt sein, dass ungeeignete Werbung unterbleibt.

Die Arbeitskommission spricht sich einstimmig dafür aus, eine Geschwindigkeitswarnanlage zu beschaffen.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

Tagesordnung:

1. Verkehrsknotenpunkt Koch's Ecke Änderung der Verkehrsführung

In der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 21.06.2001 wurde die Änderung der Markierungen im Verkehrsknotenpunkt Koch's Ecke vorgestellt und beschlossen. Gleichzeitig wurde angeregt, durch geringe bauliche Maßnahmen im Bereich der Abbiegespuren die Fahrbeziehungen zu verdeutlichen. Vor Umsetzung der Maßnahme sollte der Arbeitskommission die Maßnahme noch einmal vorgestellt werden.

Seitens Herrn Hahn wird darauf hingewiesen, daß die CDU- Fraktion einen Antrag vorlegen wird, die Busspur in der Berliner Straße ab der Einmündung Kirchweg Richtung Siegerlandhalle einzuziehen und dem Individualverkehr zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion habe mit den VWS erste Gespräche geführt. Die Maßnahme soll probeweise durchgeführt werden. Er weist auf den kommenden Antrag hin, damit dieser bereits in die geplanten Änderungen einfließen kann. Bis zur Sitzung des Verkehrsausschusses könne die Verwaltung einen überarbeiteten Plan vorlegen.

Herr Kminkowski erläutert die vorgesehenen Änderungen anhand eines Planes und in der Örtlichkeit.

Seitens der Arbeitskommission wird die vorgesehene Fußgängerführung als problematisch angesehen. Umwege für den Fußgänger seien nicht akzeptabel.

Die Arbeitskommission nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Zur Sitzung des Verkehrsausschusses soll eine Planung vorgelegt werden, die auch den Antrag der CDU- Fraktion einschließt.

2. Linksabbiegespur Berliner Straße/ Kirchweg Unterbindung der Abbiegevorgänge

In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.04.2002 wurde angeregt, zu prüfen, ob das Linksabbiegen unterbunden werden kann. Durch die Neukonzeption Koch's Ecke ist die Sache als erledigt zu betrachten, da die Linksabbiegespur in den Kirchweg im Rahmen der Umarkierungen verbessert werden soll.

Die Arbeitskommission nimmt Kenntnis.

3. Durchführung der Pflichtverkehrsschau gemäß Ziffer 2 a der Verwaltungsvorschrift zu § 45 StVO

hier: Überprüfung des bestehenden Vorbehaltsnetzes in Verbindung mit dem Auftrag des Verkehrsausschusses und der Verfügung der Bezirksregierung die Tempo-30- Zonen der neuen StVO anzupassen

Der Verkehrsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, die Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung des Vorbehaltsnetzes zu überprüfen. Außerdem ist zwischenzeitlich ein Erlass des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes NRW ergangen, der das gleiche Thema behandelt und strenge Anforderungen an Tempo-30-Zonen stellt. Außerdem besagt die Änderung der Straßenverkehrsordnung, dass Tempo-30-Zonen keine klassifizierten Straßen beinhalten dürfen (Bundes-, Landes-, Kreisstraßen). Grundsätzlich muss in Tempo-30-Zonen „Rechts vor Links“ gelten. Auch Signalanlagen dürfen in solchen Zonen nicht mehr installiert werden. Für bestehende Anlagen besteht Bestandsschutz.

In der Stadt Siegen sind 125 Tempo-30-Zonen eingerichtet. Unter Berücksichtigung der neuen gesetzlichen Vorgaben sind unter anderem folgende Zonen bedenklich:

- flächendeckende Zonen in den Stadtteilen Langenholdinghausen und Meiswinkel
- Schießbergstraße und Marktstraße
- Bismarckstraße
- Ypernstraße
- flächendeckende Zone in Trupbach
- Lindenstraße
- Kohrweg
- flächendeckend Teile des Stadtteiles Seelbach

Für die vorgenannten Tempo-30-Zonen bedeutet dies, dass die Haupteinschließungsstraßen aus der Tempo-30-Zone herausgenommen werden müssen.

Durch die neuen gesetzlichen Vorgaben werden sich die derzeit vorhandenen Tempo-30-Zonen reduzieren, da sie sich auf reine Anliegerstraßen beschränken müssen. Im Übrigen wird der Verkehrsausschuss in einer gesonderten Verwaltungsvorlage über die Änderungen der StVO unterrichtet.

In diesem Zusammenhang wird auch kurz auf den Antrag des Herrn Dr. Stötzel, für die gesamte Engsbachstraße Tempo-30-Zone einzurichten, eingegangen. Die neuen Vorgaben würden eine solche Einrichtung ausschließen.

Die Arbeitskommission nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und spricht sich einstimmig dafür aus, die Verwaltungsvorlage abzuwarten.

4. Busspur Sandstraße

In der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses wurde darauf hingewiesen, dass das Rechtsabbiegen Richtung Freudenberger Straße nicht erst kurz vor der Einmündung, sondern vom Individualverkehr durch Nutzung der gesamten Busspur erfolgt. Es soll geprüft werden, in welcher Form eine Änderung vorgenommen werden kann. Die Verwaltung schlägt vor, durch eine zusätzliche Blockmarkierung in Höhe des ansässigen Augenarztes dem Autofahrer zu verdeutlichen, dass erst die Benutzung der Busspur für den Abbiegevorgang vorgesehen ist. Das Verkehrsverhalten ist dann weiter zu beobachten.

Die Arbeitskommission spricht sich einstimmig dafür aus,

- durch eine zusätzliche Blockmarkierung eine Verbesserung der Situation herbeizuführen,
- eine durchgezogene Linie zu markieren, sollte es dennoch weiter zu kritischen Situationen kommen und
- vor den Ausfahrten Beistriche anzubringen und diese Maßnahme im Verkehrsausschuss vorzustellen.
- des weiteren soll über die Problematik der Busspur in einer Pressemitteilung berichtet werden.

5. Radverkehrsführung Eiserfelder Straße (B 62) - ehemaliger Suggestivstreifen -

Entsprechend dem Beschluss des Verkehrsausschusses vom Juli 1993 wurde auf der Eiserfelder Straße zwischen Bahnhof Eiserfeld und Hallenbad beidseitig ein Suggestivstreifen (jetzt Schutzstreifen) für Radfahrer eingerichtet. Zwangsläufig mussten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben Haltverbote ausgesprochen werden. Gegen diese Verbote sind zahlreiche Einsprüche aus der Bevölkerung erfolgt. Letztendlich wurde der Suggestivstreifen auch unter Berücksichtigung der Radwegnovelle aufgegeben.

Nunmehr liegt ein erneuter Antrag vor, zum Schutze des Fahrradfahrers den Schutzstreifen wieder einzurichten.

Im Rahmen seiner Ausführungen informiert Herr Siebel die Kommission, der Bezirksausschuss VI habe die Verwaltung beauftragt, einen gemeinsamen Fuß/Radweg vom Bahnhof Eiserfeld zur Bühlstraße zu planen. Hierfür sei noch Grundstückserwerb notwendig. Man müsse von Kosten in Höhe von 20000 bis 30000 € ausgehen. Auch müsse ein Zuschussantrag gestellt werden, so dass über den Zeitpunkt einer Realisierung derzeit keine Aussage getroffen werden könne. Er bittet die Kommission um Zustimmung, den Schutzstreifen an der Eiserfelder Straße wieder einzurichten.

Nach einer kurzen Aussprache spricht sich die Arbeitskommission einstimmig dafür aus, den Schutzstreifen zu erhalten, auch unter der Prämisse gewisser Einschränkungen.

6. Lichtsignalanlage im Bereich des IHW- Parkes in Siegen- Eiserfeld

Seit einigen Jahren geht es darum, im Bereich des IHW- Parkes zum Schutze der Fußgänger in unmittelbarer Nähe der Bushaltestellen eine Querungsmöglichkeit zu schaffen. Eine Mittelinsel oder ein Zebrastreifen scheidet auch unter Berücksichtigung der neuen Richtlinien aus, weil viele Behinderte hier queren. Nachdem die Signalanlage unterhalb des IHW- Parkes entfernt wurde, besteht Handlungsbedarf für Sofortmaßnahmen. Beschwerden der AWO und der Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen liegen bereits vor. Die Verwaltung hat zwischenzeitlich gemeinsam mit der Kreispolizeibehörde einen Ortstermin durchgeführt. Es bietet sich an, eine Signalanlage nach der Zufahrt IHW-Park Richtung Ortsmitte zu installieren. Aufstellflächen für den Fußgänger (Gehweg bergseitig 1,50 m, talseitig 2,10 m) sind vorhanden. Mehrbedarf ist erforderlich, wenn dort ein Wartehäuschen aufgestellt wird.

Wegen der besonderen Dringlichkeit ist es erforderlich, dass die Arbeitskommission heute den Beschluss fasst, die Signalanlage unverzüglich zu errichten, da der nächste Verkehrsausschuss erst Ende September stattfindet.

Aufgrund der Dringlichkeit beschließt die Arbeitskommission einstimmig, die Lichtsignalanlage zur Sicherung der Fußgänger unverzüglich zu errichten. Die Kommission stimmt zu, dass die Haltestelle im Rahmen des Haltestellenprogramms 2003 erstellt wird.

7. Kreisverkehr Trupbach

Der Rat der Stadt Siegen hat in der Sitzung vom 19.06.2002 beschlossen, den Trupbacher Kreisel umgehend zu entfernen. Nach Auffassung der Polizei und Straßenverkehrsbehörde ist aus Verkehrssicherheitsgründen die Entfernung des Kreisels ohne geeignete Ersatzmaßnahmen nicht vertretbar. Stellungnahmen der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde wurden den Vertretern der Kommission ausgehändigt.

Im Rahmen der Aussprache äußern die Arbeitskommissionsmitglieder ihr Unverständnis über die vom Rat gewünschte Wegnahme des Kreisverkehrs, obwohl sich die aus fachlichen Gesichtspunkten Beteiligten für einen Kreisverkehr ausgesprochen haben und eine Lösung gefunden worden war, die sowohl von den Anwohnern und auch von den Fachkreisen positiv aufgenommen worden sei. Für die geänderte Verkehrssituation sollte eine Eingewöhnungsphase nicht unberücksichtigt bleiben.

NS der Verwaltung: Zwischenzeitlich ist auch eine Stellungnahme der VWS eingegangen, so dass die Stellungnahmen erneut der Niederschrift beigelegt werden.

8. Unfallhäufungspunkt Schleifmühlchen

Der Verkehrsknotenpunkt Schleifmühlchen ist seit Jahren Unfallhäufungsstelle. Der Verkehrsausschuss hat vor ca. 2 Jahren beschlossen, dass der Unfallpunkt abzubauen ist. Es ist vorgesehen, in diesem Jahr die Einmündung Fludersbach/Frankfurter Straße signaltechnisch zu verbessern. Ebenso steht der Straßenbau für die Fludersbach an.

Im Hinblick auf die Baumaßnahme drängt es sich auf, im Bereich Fludersbach/Frankfurter Straße/ Marienborner Straße vor Beginn der Straßenbaumaßnahme einen Kreisverkehrsplatz zu gestalten.

Herr Kminkowski erläutert die Maßnahme anhand von Plänen. Der Kreisverkehr wird einen Durchmesser von ca. 35 m erhalten. Der „Durchstich“ Richtung Kaan-Marienborn würde verändert. Dieser würde um ca. $\frac{3}{4}$ der Fläche abgetragen und die Gehwegneigung begradigt. Außerhalb des Kreisels sei derzeit eine ca. 50 m lange Linksabbiegespur in die Friedrich-Wilhelm-Straße vorgesehen. Ggf. könne diese auch noch verlängert werden.

Die Verwaltung habe den Auftrag den Unfallpunkt Schleifmühlchen abzubauen. Die signaltechnische Erweiterung würde ca. 50.000 € Kosten verursachen. Für den provisorischen Bau des Kreisverkehrs in der vorhandenen Verkehrsfläche würde man auch ca. 40.000 bis 50.000 € benötigen, aber man verfüge dann über einen 1: 1 Versuch für den endgültigen Ausbau des Knotens. Die Universität habe eine Untersuchung bezüglich der Leistungsfähigkeit dieses Knotens im Rahmen einer Diplomarbeit durchgeführt. Ein Kreisell gebe die Leistungsfähigkeit her.

Zum Zeitplan führt er aus, der Kreisell solle in diesem Jahr provisorisch hergerichtet werden. Der Linksabbieger in die Friedrich-Wilhelm-Straße soll vorgesehen, aber erst im Rahmen der Baumaßnahme Fludersbach in Betrieb genommen werden.

Durch den Kreisell würden von derzeit vier Haltestellen nur noch zwei Haltestellen erforderlich.

Die Arbeitskommission nimmt die vorgestellte Baumaßnahme zur Kenntnis. Da die Linksabbiegespur in die Friedrich-Wilhelm-Straße problematisch gesehen wird, wird der Fachbereich 9/2 beauftragt, Zählungen durchzuführen, mit welchem Fahrzeugaufkommen im Knoten gerechnet werden muss.

Die Kommissionsmitglieder kommen überein, die Maßnahme in den Fraktionen zu besprechen, die Verwaltung wird aber beauftragt, bereits Planungen durchzuführen, da der nächste Verkehrsausschuss erst am 19.09.2002 stattfindet. Gegebenenfalls könne die notwendige Entscheidung im Rahmen eines interfraktionellen Gespräches getroffen werden.

9. Verkehrsführung Baumaßnahme Fludersbach

Die Straße Fludersbach wird von der Einmündung bis zur Wetzlarer Straße neu ausgebaut. Die Dauer der Baumaßnahme wird ca. 1,5 Jahre betragen. Im Interesse der Belange der Feuerwehr ist als Verkehrsführung eine Einbahnstraßenregelung vorgesehen. Es kann nur über die Friedrich-Wilhelm-Straße Richtung Deponie gefahren werden und der Verkehr über die Fludersbach wieder abgeleitet werden. Die Straße Peipers Halde bleibt gegenläufig zu befahren.

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig zu, die Friedrich-Wilhelm-Straße und die Straße Fludersbach als Einbahnstraße zu führen.

Für die Umleitung des Schwerverkehrs aus Richtung Hambergstraße wird darauf hingewiesen, dass die Umleitung bereits an der Einmündung In der Winchenbach erfolgen sollte.

Während der Baumaßnahme den Radverkehr in beiden Fahrtrichtungen weiter zuzulassen, wird seitens der Verwaltung, der Polizei und mehrheitlich von der Arbeitskommission problematisch angesehen.

In der Friedrich-Wilhelm-Straße sollte das Parken weiter zugelassen werden, müsste sich jedoch auf eine Straßenseite beschränken. Die Straße Peipers Halde müsste mit einem absoluten Haltverbot versehen werden

Ersatzhaltestellen müssten in der Friedrich-Wilhelm-Straße gegenüber der Familienbildungsstätte und in der Straße Fludersbach nach der LSA zwischen den Einmündungen Peipers Halde und Wetzlarer Straße eingerichtet werden.

Nach Abschluss der Aussprache spricht sich die Arbeitskommission dafür aus, für die Dauer der Baumaßnahme in der Friedrich-Wilhelm-Straße eine Parkordnung zu erarbeiten, die den Gehweg einschließt, soweit es die Gehwegbreite zulässt.

Die durch die Baumaßnahme in der Friedrich-Wilhelm-Straße entstehende Problematik wird zwar gesehen, aber mehrheitlich wird deutlich gemacht, dass Alternativen, die zu Lasten der Feuerwehr gehen würden, nicht zugestimmt würden.

10. Geschwindigkeitsreduzierung Gutenbergstraße/ Sohlbacher Straße

Ein Anlieger der Gutenbergstraße hat beantragt, den Streckenabschnitt zwischen der Einmündung Gewerbestraße und der Ortstafel Geisweid hinsichtlich der Geschwindigkeit auf 40 km/h zu reduzieren. Dieser Antrag wird unterstützt durch ein Schreiben des Stadtverordneten Steuber (BezA I). Die Gutenbergstraße ist eine Kreisstraße mit beidseitiger enger Wohnbebauung. Talseitig, wo der Antragsteller wohnt, ist der Bereich als Gewerbegebiet, bergseitig als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Unfälle sind in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen. Eine Vielzahl parkender Fahrzeuge am Fahrbahnrand wirken sich geschwindigkeitsreduzierend aus. Schützenswerte Belange, die eine Geschwindigkeitsreduzierung begründen könnten (Schulen, Kindergärten etc.), sind in dem in Rede stehenden Bereich nicht vorhanden.

In Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde wird auch im Hinblick auf § 45 (9) StVO kein Handlungsbedarf gesehen, dem Anliegen stattzugeben.

Die Arbeitskommission stimmt der Verwaltung einstimmig zu und sieht keinen Handlungsbedarf, den Streckenabschnitt mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung zu versehen.

11. Haltverbotsregelung Glückaufstraße

In der Sitzung der Arbeitskommission am 24.01.2002 hatte die Kommission empfohlen, einen Streckenabschnitt mit einem eingeschränkten Haltverbot zu versehen. Gegen die Maßnahme liegt der Verwaltung eine Beschwerde eines Anliegers vor.

Nach Aussprache ist die Arbeitskommission einstimmig der Auffassung, dass die Haltverbotsregelung in dem jetzigen Umfang bestehen bleiben muss, das Parken bergab nach der Haltverbotsstrecke jedoch unbedenklich ist. Der Antragsteller verfügt auf anderen Flächen über ausreichende Parkmöglichkeiten.

NS: Zwischenzeitlich hat die Verwaltung mit dem Beschwerdeführer gesprochen. Lösungsmöglichkeiten wurden aufgezeigt. Die Angelegenheit ist als erledigt zu betrachten.

12. Leimbachstraße

Seitens eines Kommissionsmitgliedes wird die Problematik Parkregelung Leimbachstraße angesprochen, die bereits Gegenstand der Beratungen im Verkehrsausschuss gewesen ist.

Die Arbeitskommission spricht sich einstimmig dafür aus, zur Verdeutlichung der Haltverbotsregelung in Fahrtrichtung Siegen die Zonenbeschilderung zu entfernen und eine Beschilderung nach Zeichen 286 StVO vorzunehmen.

Die derzeitige Markierung ist auf eine ausreichende Restgehwegbreite zu korrigieren.

Die markierten Flächen im Bereich des Sparmarktes und im Bereich des Blumengeschäftes sind mit Gehwegparken (halb Gehweg/ halb Fahrbahn) Anfang und Ende sowie Kurzparkzone zu beschildern. Gegenüber der Poststelle ist eine Parkfläche ohne zeitliche Befristung zu markieren und zu beschildern. Die Parkmöglichkeiten sollen vor dem Grundstück Sarx enden, anschließend soll wieder eine Haltverbotsregelung gelten.

Für die Fahrtrichtung Autobahn wünscht die Arbeitskommission mehrheitlich, dass die Verwaltung im Verkehrsausschuss eine Parkordnung vorstellt.

13. Im Wiesengarten, Bürbach

Herr Zips informiert die Verwaltung, an ihn sei die Notwendigkeit eines Fußgängerüberweges herangetragen worden. In der Straße sei eine Schule und eine Turnhalle vorhanden und viele Schüler müssten dadurch die Obere Dorfstraße queren. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung.